



Ist das schon die Demokratieformel? Studenten der Mathematik an der Universität Kassel / picture alliance / dpa | Uwe Zucchi

Haltungs-Wissenschaft

Heiligsprechung einer kalten Wissenschaftsrepublik

Der Wissenschaftsrat steht an der Nahtstelle zwischen Wissenschaft und Politik. Das neueste Gutachten zur „Perspektive 2040“ enthält brisante Botschaften zur Funktion von Wissenschaft in den gegenwärtigen Krisen.

VON MATTHIAS SCHRAPPE am 12. März 2026 22 min



0:00 / 30:00



Der Wissenschaftsrat (WR) steht selten im tagespolitischen Rampenlicht. Paritätisch durch Wissenschaft und Politik besetzt, bestand seine Funktion in der Vergangenheit vor allem in der Begutachtung von Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen. Neuerdings äußert er sich jedoch häufiger, ähnlich wie die Leopoldina oder die Max-Planck-Gesellschaft, zu allgemeinen gesellschaftlichen Fragen. Aktuell nimmt der WR unter dem Titel „Wissenschaft in Deutschland – Perspektive 2040“ unter Leitung des Heidelberger Neurologen Wolfgang Wick (Mitglied der Leopoldina) Stellung zur Rolle der Wissenschaft in der aktuellen politischen Situation und bezieht sich dabei auf eine dezidiert ins Katastrophische abgleitende Weltsicht.

Vor diesem Hintergrund stellen Politik und Wissenschaft ihr Verhältnis auf eine neue Ebene: Das Wissenschaftssystem muss sich im Kampf um finanzielle Mittel gegen andere Gesellschaftsbereiche behaupten, und die Politik versucht, durch den „Segen der Wissenschaft“ an Legitimation zu gewinnen. Diesem Legitimationsdefizit entgegenzuwirken, wird für Politik immer notwendiger, wenn man sich die identitätspolitischen Umwälzungen mit ihrem Gruppen-Bezug (Beispiel Gender-Debatte) und den Hang zur szientistischen Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse während der Corona-Krise (z.B. Begründung für Schulschließungen) vor Augen führt. Und heute „sind wir ja im Krieg“, das kommt hinzu, eine Verschärfung der Ressourcenkonkurrenz und eine Vertiefung des Legitimationsdefizits ist zu erwarten.

Gewaltige Antworten auf nicht gestellte Fragen

Bei einem solch wichtigen Thema erwartet man natürlich zunächst einen Problemaufriss, wenn nicht sogar eine Auffächerung der wichtigsten aktuellen Problemlagen. Gerne würde man etwas hören zu den immer größer werdenden Problemen in der Bestätigung von wissenschaftlichen Ergebnissen (sog. Reproduktionskrise). Oder über die hohe Zahl von wissenschaftlichen Arbeiten, die offensichtlich gar nicht aus der Wissenschaft, sondern von sog. paper mills mittels KI produziert werden. Oder über die Krise des ehrenamtlichen Review-Verfahrens (wissenschaftliche Begutachtung), das oft nicht anonym ist, dadurch anfällig wird für Gefälligkeitsgutachten oder Ablehnung aus Konkurrenzgründen, und für das es immer schwieriger wird, überhaupt Reviewer zu finden.

Lesen Sie auch



C+ Gutachten zur Zukunft der SPK

Wann reden wir mal wieder über Kunst?

Genauso gerne würde man etwas erfahren über den Zusammenhang zwischen der Vor-Einstellung der Forscher und ihren Ergebnissen, auch über das Vorherrschen der Naturwissenschaften gegenüber den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern und die galoppierende Nutzung von Forschungsergebnissen zu militärischen Zwecken. Oder über die Metrik der Impact-Faktoren, die „gewinnbringende“ Publikationsstrategien belohnt („akademische Reputationsökonomie“), nicht etwa wissenschaftliche Originalität. Oder über die obszönen Profite der Verlage, die auf der Basis von öffentlich geförderten Forschungsprojekten und mittels ehrenamtlich arbeitenden Gutachtern Kapitalrenditen von bis zu 40 Prozent erwirtschaften, freundlich auf das „modern“ klingende Open-Access-Verfahren verweisend. Oder über die stillschweigende Akzeptanz der Zuschreibung „die Wissenschaft hat gesagt ...“, nur um zu ein paar Benennungen in Expertenräten oder Talkshow-Einladungen zu kommen, wohlwissend, dass Wissenschaft eine Methode der Infragestellung, Fragen-Entwicklung und Falsifikation ist und nicht eine Methode der Wahrheitsverkündung.

Überhaupt wird der sog Szientismus-Streit der letzten Jahre vollständig ausgeblendet, der ja zeigte, dass das „Follow the Science“ in Wirklichkeit ein „Science – please follow the politics“ darstellte. Hier gäbe es interessante Ansätze auch auf Seiten der Politik, z.B. hinsichtlich der Sinnhaftigkeit, Legitimationsdefizite durch Anleihen in der Wissenschaft zu heilen, obwohl man gar nicht versteht, wie in der Wissenschaft gedacht wird, und dass Erkenntnisse wenig stabil sind (also nicht zu

Absicherung taugen), sondern fortwährend in Frage gestellt werden (sollten). Oder das Versagen der Universitätsleitungen und der politischen Ebene beim Schutz ihrer Mitarbeiter und Gäste („Das Schweigen der Dekane“) vor Übergriffen durch Leute, die Meinungsvielfalt nicht tolerieren wollen. Oder welchen Preis es hat, wenn man sich nur mit Wissenschaftlern bzw. Experten umgibt, die eine Meinung vertreten, weil man dadurch in eine falsche Pfadabhängigkeit geraten kann, also den falschen Weg immer weiter begehen muss, ohne Argumente für eine Umkehr zulassen zu können.

Mehlige Sprache

Doch weit gefehlt. Statt klarer Gliederung und distinkter Fragestellung wird man bei der Lektüre der 133 Seiten des Gutachtens „Wissenschaft in Deutschland – Perspektive 2040“ entweder vom Schlaf überfallen oder – durch den endlosen Wust von normativen Setzungen und deren unaufhörlichen Wiederholungen – in eine vorkomatoöse Indifferenz getrieben. Die Sprache spielt dabei einen wichtigen Part, meilenweit ist man von einem analytischen, dem wissenschaftlichen Duktus entsprechenden Stil entfernt. Schwarzweiß-Denken führt, Alternativen werden nicht diskutiert, Ambiguität ist nicht erkennbar, dafür hat man den Gender-Sprachkorridor perfekt markiert („Arbeitgebende“). Man sehnt sich sogar zur gelangweilt-erzieherischen Larmoyanz der *Süddeutschen Zeitung* zurück, zwar auch nicht erhellend, aber immerhin hier und dort eine kleine Note Ironie einflechtend, um kritische Distanz zu imaginieren – leider ohne dass diese wirklich vorhanden wäre.

Nein, die Sprache des WR-Gutachtens vom 30.1.26 ist abgeschmiegelt wie ein koreanisches Seifen-Auto des Jahres 2000 und ermüdend wie ein riesiger Topf Graupensuppe. Der Sprache ist alleine aufgetragen, den Leser möglichst schnell zu ermüden, ihm gleichzeitig die Unausweichlichkeit der aus Weisheit geborenen Botschaften vor Augen zu führen und von den wesentlichen Botschaften abzulenken. Denn das tut not, diese Botschaften haben es in sich.

Wissenschaftsfreiheit als Worthölse

Am deutlichsten wird das in der Neuformulierung des Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft. Zwar wird immer wieder auf die Freiheit der Wissenschaft Bezug genommen, aber im Grunde nimmt die Politik in diesem Gutachten die Wissenschaft an die kurze Leine. Bereits in der Einleitung werden „Erwartungen“ an das Wissenschaftssystem formuliert: Exzellenz, Wirkung (Impact), Integrität (der Wissenschaft), Teilhabe und Ressourcen-Verantwortung, um dann kryptisch mit folgendem Satz zu folgern:

„Aus dieser Erwartungsvielfalt erwächst Resilienz, denn sie beugt der einseitigen Instrumentalisierung von Wissenschaft vor und trägt den normativen Grundlagen, von denen Wissenschaft lebt – der Wissenschaftsfreiheit – verantwortlich Rechnung“ (S. 7).

Man formuliert also Anforderungen an die Wissenschaft, instrumentalisiert sie dadurch (erlaubte Instrumentalisierung?), um damit aber einer (unerwünschten) Instrumentalisierung vorzubeugen, und dadurch soll die Wissenschaft wiederum resilient werden.

Ein interessanter, allerdings selbstreferentieller Gedankengang, misslungener Zirkelschluss könnte man sagen. Aber schnell wird das Ziel der (erlaubten) Instrumentalisierung klar, denn es heißt weiter:

„Liberalen Demokratien sind auf eine gute Balance aus Exzellenz, Wirkung, Integrität der Wissenschaften und ihrer Akteurinnen und Akteure sowie auf eine angemessene gesellschaftliche Teilhabe und eine verantwortliche Nutzung der Ressourcen in den Wissenschaften angewiesen“ (S. 7).

Ist das wirklich wahr? Ist es die Aufgabe der Wissenschaft, die hier aufgezählten Ziele einer Staatsform, nämlich der liberalen Demokratie, zu unterstützen? Natürlich kann man diese Ziele für richtig halten, nur ist es statthaft, „die“ Wissenschaft auf diese Ziele festzulegen – das ist ja die Frage.

„Unsichere weltpolitische Konstellationen durch die Infragestellung der liberalen regelbasierten Weltordnung [...] prägen bereits heute die Handlungsspielräume der Wissenschaft und machen strategische Weichenstellungen dringend erforderlich“ (S. 7).

Die Wissenschaft, so macht man also bereits in der Einleitung deutlich, soll also durch „strategische Weichenstellungen“ die „liberale regelbasierte Weltordnung“ vor „unsicheren weltpolitischen Konstellationen“ bewahren. Und wieder die Sprache: Man muss den Satz erst selbst formulieren, um überhaupt zu verstehen, welche – ja: – Ungeheuerlichkeit hier vertreten wird.

Lesen Sie auch



C+ Leopoldina-Stellungnahme zu Covid **„Wissenschaft ist keine moralische Instanz“**

Zunächst spricht nichts dagegen, den „Schlussfolgerungen“ zu folgen (S. 8), wenn es etwa um „interprofessionelle Teamarbeit“ geht oder um „soziale Durchlässigkeit erhöhen“. Gesellschaftliche Verantwortung ist gerade in sozialpolitischer Hinsicht eine gute Sache (genauso etwa wie Friedensorientierung es wäre). Aber ist es tatsächlich Aufgabe der Wissenschaft, den „gesellschaftlichen Wandel [zu] begleiten und aktiv mit[zu]gestalten“ und „zum Wohlstand bei[zu]tragen“? Oder „in Sicherheit durch Wissen [zu] investieren“, um „mit verlässlichen Partnern globale Strahlkraft [zu] entfalten“? Es wird erst später klar, was damit überhaupt gemeint ist – um Friedensorientierung geht es dabei nicht.

Wissenschaft im Dienst der liberalen Demokratie

Trotzdem, das erste Kapitel ist ganz der Wissenschaftsfreiheit gewidmet. Für ein gesellschaftliches Subsystem ist die Freiheit von allen Ansprüchen immer verlockend, und Art. 5 Abs. 3 des GG sagt es auch so:

„Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.“

Allerdings entspricht dies gar nicht dem Duktus des WR-Gutachtens, denn man möchte die Wissenschaft viel lieber in die Pflicht nehmen – und es folgt der Satz:

„Illegitime Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit sind deshalb ein direkter Angriff auf die liberale Demokratie, genauso wie eine Bedrohung der Demokratie die freie Wissenschaft gefährdet“ (S. 10).

Stimmt der Zusammenhang? Man muss sich auch diesen Satz genau anschauen. Gibt es denn auch „legitime“ Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit? Und was ist hierunter zu verstehen; etwa die Einschränkungen, die Wissenschaftler in den letzten Jahren zu erdulden hatten, die sich kritisch zur Corona-Politik oder zur Gender-Politik geäußert haben? Sind solche Angriffe kein Angriff auf die liberale Demokratie? Und wie sieht es aus, wenn man eine andere Ausprägung von Demokratie vor sich hätte, z.B. eine elektorale Demokratie? Wäre auch bei Bedrohung dieser Form die freie Wissenschaft gefährdet? Um was geht es überhaupt – soll hier die liberale Demokratie abgesichert werden, oder ist den Autoren die Wissenschaftsfreiheit das wichtigste Anliegen?

Lesen Sie auch



Aufruf eines Physik-Professors „Wissenschaft ist nicht politisch!“

Es ist klar erkennbar, es geht hier um die Bindung der Wissenschaft. Vorgeschlagen wird eine wechselseitige Verpflichtung. Auf S. 11 heißt es zu den grundgesetzlichen Regelungen zur Wissenschaftsfreiheit:

„Zugleich wird die Wissenschaft mit den Mitteln des Rechtsstaats vor Übergriffen geschützt. Komplementär dazu verpflichtet Artikel 5 Absatz 3 GG Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur Treue zur Verfassung, d.h. zur Wahrung der demokratischen Grundordnung.“

Auch hier ist es zunächst erfreulich, wenn sich Wissenschaftler zur demokratischen Grundordnung bekennen, aber ist das tatsächlich aus Art. 5 Abs. 3 abzuleiten – denn es heißt dort wörtlich: „Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.“ Es steht dort nichts von einer entsprechenden Bindungswirkung auf die Forschung.

Zielvorstellung Haltungs-Wissenschaft

Wie hoch die Erwartungen an die Wissenschaft sind, wird allein schon aus der Überschrift zu Teil D des Gutachtens deutlich: „Neue Stärke aus freier Wissenschaft – ein Zielbild für 2040“ (S. 64). Wohlgermerkt, es heißt hier nicht „Neue Stärke der Wissenschaft“, sondern aus „freier, erkenntnisgetriebener Forschung“ soll eine „global sichtbare Innovationswerkstatt“ entstehen (S. 64). „Deutschland entwickelt neue Schlüsseltechnologien und ist besonders stark bei denen, deren zentrale Rolle heute schon absehbar ist, wie der Künstlichen Intelligenz (KI), den Quantentechnologien, nachhaltigen Energiesystemen oder innovativen Verfahren der

personalisierten Medizin“ (S. 64).

Dann wird es immer konkreter:

„Wissenschaft in Deutschland ist im Jahr 2040 stark und wettbewerbsfähig, und sie steht sichtbar in der Mitte der Gesellschaft. Sie orientiert sich am Gemeinwohl und greift gesellschaftliche Zukunftsfragen im Dialog auf, ohne ihre Eigenlogik durch Fremdsteuerung zu gefährden“ (S. 66).

Man sieht also durchaus die Gefahr der Indienstnahme, fährt aber unverhohlen fort, man braucht nur dem Originaltext zu folgen:

„Insgesamt herrscht in der Wissenschaft in Deutschland ein klares Rollenverständnis: Sie ist die unabhängige, neugierige und kritische Stimme der Gesellschaft. Durch ihre Integrität stärkt die Wissenschaft das Vertrauen in wissenschaftliche Erkenntnisse und hilft dabei, Desinformation und Populismus entgegenzuwirken. Dabei kann sie auf die Existenz eines unabhängigen Journalismus zählen. Politische Entscheidungsprozesse greifen die Ergebnisse wissenschaftlicher Beratung ernsthaft auf – auch dort, wo sie unbequem oder unerwartet sind. Wissenschaft erforscht auch, welche Faktoren antipluralistische Tendenzen begünstigen, und hilft dadurch, Demokratie zu verteidigen. So zeigt sich in der Praxis, dass wissenschaftliche Freiheit und demokratische Verantwortung sich gegenseitig stützen. Gemeinsam vertreten Politik und Wissenschaftseinrichtungen Wissenschaftsfreiheit als demokratische Errungenschaft – wachsam gegenüber wissenschaftsfeindlichen und antipluralistischen Strömungen“ (S. 66).

Da ist alles versammelt: Desinformation bekämpfen, Populismus und antipluralistische Tendenzen verhindern, Demokratie verteidigen, unabhängiger Journalismus vorausgesetzt. Die Wissenschaft soll dies aus eigenem Interesse verfolgen, denn „diese Entwicklungen beeinträchtigen Wissenschaft schon deshalb, weil sie Unsicherheit schüren, die Weltwirtschaft schwächen und die Konkurrenz um Ressourcen und politische Aufmerksamkeit verschärfen“ (S. 48).

Lesen Sie auch



**C+ Vortrag des Philosophen Sebastian Ostritsch abgesagt
Cancel Culture an Jesuiten-Hochschule**

Wissenschaft soll sich also hüten, „Unsicherheit [zu] schüren“? Man wagt es ja kaum zu sagen, aber Unsicherheit ist eigentlich das Lebenselixier der Wissenschaft, sonst kann es keine zu lösenden Fragen mehr geben. Der Haltungsjournalismus, der sich bei uns breitgemacht hat, wird nun also durch ein Wissenschaftsverständnis ergänzt, das schon vorab weiß, was richtig ist, und das man eigentlich nur als Haltungs-Wissenschaft bezeichnen kann.

Gemeinwohlorientierung

Diese Instrumentalisierung wird durch den Begriff des Gemeinwohls konkretisiert; in Kapitel A2

werden aus der „Gemeinwohlorientierung in der liberalen Demokratie“ fünf Erwartungen an die Wissenschaft abgeleitet (S. 12 ff). Zur Begründung heißt es

„Wissenschaft sollte Freiheit und Ressourcen so nutzen, dass sie auch zum gesellschaftlichen Gemeinwohl beitragen“ (S. 12).

Dieser eigentlich rechtlich unbestimmte Begriff rückt damit in den Mittelpunkt der Zweckbestimmung von Wissenschaft:

„Teil dieses Diskurses ist in Deutschland der rechtliche Begriff des Gemeinwohls, der materielle Güter wie beispielsweise funktionierende Infrastrukturen sowie immaterielle Güter, wie insbesondere Bildung, Sicherheit, Frieden und Gesundheit, umfasst. Darüber hinaus schließt er auch Grundrechte und Werte wie soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, demokratische Teilhabe und Solidarität ein“ (S. 12).

Wissenschaft hat also einem ganzen Kranz von Erwartungen zu dienen, der von der Infrastruktur über soziale Gerechtigkeit bis ökologische Nachhaltigkeit, Teilhabe und Solidarität reicht. Die Frage taucht natürlich auf, wie es um wissenschaftliche Forschungsrichtungen steht, die diese Ziele anders definieren als es der gesellschaftlichen Majorität entspricht. Endet hier die Wissenschaftsfreiheit?

Aber man dekliniert dies durch:

„Um die Bedeutung des Gemeinwohlbegriffs für die Wissenschaftspolitik zu verdeutlichen, macht der Wissenschaftsrat hier sein Verständnis der Bandbreite gesellschaftlicher Erwartungen an die Wissenschaft in Deutschland explizit. Sie sollen auch in einer mutmaßlich stark veränderten Zukunft als Orientierung für die resiliente Ausgestaltung des Wissenschaftssystems in Zeiten dynamischer Kontextveränderungen dienen. Zugleich wird es damit möglich, von Zeit zu Zeit über die Balance der Erwartungen an Wissenschaft und die Verantwortung der Wissenschaft selbst zu reflektieren und zu diskutieren“ (S. 12).

Mit anderen Worten: Vor allem in „Zeiten dynamischer Kontextveränderungen“ soll dem Wissenschaftssystem mittels „gesellschaftlicher Erwartungen“ eine „Orientierung“ gegeben werden, die zu einer „resilienten Ausgestaltung des Wissenschaftssystems“ führt. Der Gemeinwohlbegriff „trägt auf diese Weise auch zu dem Diskurs darüber bei, was unter dem Beitrag der Wissenschaften zum gesellschaftlichen Gemeinwohl in der liberalen Demokratie zu verstehen ist“ (S. 12).

Lesen Sie auch



Der neue Eiserne Vorhang

Wissenschaft zeigt „Haltung“

Die Begründung für diese Erwartung folgt auf dem Fuße:

„Weil sie [die Wissenschaft] dazu erhebliche gesellschaftliche Ressourcen benötigt, wird von ihr zugleich erwartet, mit ihren Leistungen Wohlergehen und Wohlstand der Gesellschaft zu fördern. (...) Diese leistungsbezogenen Erwartungen sollte Wissenschaft in einer Weise erfüllen, die gesellschaftliches Vertrauen rechtfertigt, indem sie regelbasiert handelt und offen für alle interessierten Mitglieder der Gesellschaft bleibt. Dies kommt in Integritäts- und Teilhabeerwartung zum Ausdruck“ (S. 12f).

Die Erwartungen der Gesellschaft werden durch die fünf Begriffe Exzellenz, Wirkung (Impact), Integrität, Teilhabe und Ressourcenverantwortung konkretisiert. Es ist beeindruckend, wie eng Wissenschaft geführt werden soll; so ist die wissenschaftliche Exzellenz „im Kontext gesellschaftlicher Vorstellungen über die Vorreiterrolle und Verantwortung der Wissenschaft gegenüber der Gesellschaft“ (S. 13) zu verstehen, ist also extern definiert.

Dies geht sogar soweit, dass „Gemeinwohlorientierung und gesellschaftliche Wirkung als Kriterien wissenschaftlicher Exzellenz [zu] verankern“ sind (S. 70). Hinsichtlich der gewünschten Wirkung wird auf den Paradigmenwechsel in der mRNA-Forschung oder der Genderforschung verwiesen, also ausgerechnet auf zwei außerordentlich strittige Themen. Dies wird sofort ausgeführt, denn

„insbesondere während der COVID-Pandemie waren wissenschaftsskeptische Stimmen im öffentlichen Diskurs präsent, vertraten jedoch nicht die gesellschaftliche Mehrheit. Eine Strategie des Umgangs mit Wissenschaftsskepsis bestand im Pandemiekontext darin, die Wissenschaftskommunikation auszubauen, um so das Vertrauen in Wissenschaft zu stärken, ihre komplexen Methoden zu erklären und die Vorläufigkeit wissenschaftlicher Ergebnisse zu vermitteln. Auch der Wissenschaftsrat hat in seinem Positionspaper im Oktober 2021 empfohlen, die Wissenschaftskommunikation auszubauen, damit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre fachliche Expertise im Sinne des Gemeinwohls in öffentliche Debatten einbringen“ (S. 35).

Aber damit nicht genug, über den Begriff der „Teilhabe“ wird gefordert, dass

„Angebote des Wissenschaftssystems (...) darauf abzielen, gesellschaftliche Teilhabe und soziale Mobilität zu ermöglichen. Dies geschieht etwa durch offen zugängliche Informationen, die Vermittlung von umfassender Bildung und Kompetenzen sowie die Teilhabe der Öffentlichkeit an der Generierung wissenschaftlicher Fragestellungen und der Produktion wissenschaftlichen Wissens.“

In diesem Sinne sollen mehrere Diversitätsmerkmale berücksichtigt (S. 39), die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewährleistet und der Klimaschutz gestärkt sowie der Umweltverbrauch minimiert werden (S. 44/5). Ganz kurze Leine eben.

„Die Welt von morgen“, vier Szenarien und eine Agenda

Vor diesem Hintergrund werden vier Szenarien entwickelt, die in eine Agenda mit zehn Punkten münden. Interessant sind dabei die politischen Grundannahmen, von denen ausgegangen wird (Kap. C1). China, USA und Russland erstarken, und

„diese globalen Verschiebungen gehen mit dem weltweiten Erstarken populistischer Strömungen einher, die in vielen Ländern, auch in solchen mit demokratischer Verfassung, antidemokratische Parteien an die Macht gebracht haben. Sich explizit gegen die ‚alten Eliten‘ und damit auch gegen die Wissenschaft abzugrenzen, ist ein typisches Merkmal dieser populistischen und anti-demokratischen Akteurinnen und Akteure“ (S. 48).

Hinzu kommt die „nachlassende wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit“, die „nicht bloß konjunkturelle, sondern auch strukturelle Ursachen zu haben scheint“ (S. 50). Rein „nationalstaatliche Lösungen“ genügen nicht mehr, es ist daher unumgänglich,

„den freien Austausch von Wissen als eine ‚Fünfte Freiheit‘ neben die vier Freiheiten zu stellen, die den Europäischen Binnenmarkt charakterisieren – den freien Austausch von Arbeitskräften, Waren, Dienstleistungen und Kapital“ (S. 51).

Speziell der Klimawandel macht es notwendig, dass sich

„naturwissenschaftliche, technologische, geistes- und sozialwissenschaftliche Perspektiven so miteinander verbinden lassen, dass Transformationsprozesse gelingen. Dies erfordert wissenschaftliche Strukturen und Prozesse, die es ermöglichen, komplexe, systemische Fragestellungen wirksam interdisziplinär und transdisziplinär zu bearbeiten“ (S. 55).

Auch die demographische Entwicklung macht es notwendig, dass das Wissenschaftssystem zum lebenslangen Lernen beiträgt (S. 57/8).

Lesen Sie auch



Militante Proteste an Berliner Universität

Jeder Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit ist ein Angriff auf die Demokratie

Aus Sicht des Gutachtens ist also dringender Handlungsbedarf gegeben, da die Transformation sonst nicht zu bewältigen ist. Das erste Szenario „Die Wissenschaftsrepublik“ geht, so wie der Name sagt, von einer enormen Steigerung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung aus (5 Prozent des BIP), Deutschland liegt mit Israel und Südkorea weltweit an der Spitze (S. 59, 109). In Szenario (2) („Die instrumentalisierte Wissenschaft“) dominiert die Tech-Industrie, der Staat zieht sich zurück, Effizienz führt, die Grundlagen- sowie Geisteswissenschaften werden zurückgefahren, die soziale Ungleichheit nimmt zu (S. 59, 111). „Die situative Wissenschaftspolitik“ (Szenario 3) nutzt Wissenschaftsförderung opportunistisch, durch stetige Aushandlungsprozesse und fehlende Planungssicherheit entsteht eine starke Abhängigkeit von privaten Institutionen, hohe Studiengebühren bedingen sinkende Studentenzahlen (S. 60, 113). Dagegen wird „Der globale Forschungsraum“ (Szenario 4) im Sinne einer „Global Research Area“ von einem internationalen Rat geleitet, in dem die Länder ihre Ziele aushandeln und Prioritäten setzen (z.B. Klimawandel). Es ist unklar, ob Deutschland seinen Beitrag zahlen kann und will (S. 60, 115).

Die daraus abgeleitete Agenda kommt – angesichts dieser Alternativen und der düsteren

Ausgangslage – ganz kraftlos daher: gesellschaftlichen Wandel begleiten und aktiv mitgestalten, zum Wohlstand beitragen, wissenschafts- und innovationspolitische Handlungsfähigkeit steigern, entschlossen profilieren, investieren und konsolidieren, Bildung modernisieren – Lehre personalisieren, Wissenschaft als interprofessionelle Teamarbeit konzipieren, soziale Durchlässigkeit erhöhen, Potentiale mobilisieren, Infrastrukturen für Wissenschaft modernisieren und nachhaltig sichern, in Sicherheit durch Wissen investieren, mit verlässlichen Partnern globale Strahlkraft entfalten – so reiht sich scheinbar eine Selbstverständlichkeit an die andere. Scheinbar, denn die letzten beiden Botschaften und „das Kleingedruckte“ lassen einen erschauern.

Subtext 1: Soziale Spaltung wird vertieft

Mit erstaunlicher Offenheit werden die Folgen dieser dominanten wissenschaftsorientierten Gesellschaftsentwicklung benannt, gerade im Szenario der „Wissenschaftsrepublik“ mit seinen hohen FuE-Ausgaben:

„Trotz intensiver Bemühungen um Wissenschaftskommunikation haben sich gesellschaftliche Spaltungen verstärkt. Gründe dafür sind ein anspruchsvoller Diskurs, der elitär wirkt, die Zunahme wissenschaftsskeptischer und fremdenfeindlicher Strömungen sowie soziale Ungleichheit aufgrund von Kürzungen in anderen Bereichen. Langfristig hofft man, durch Investitionen in Bildung und Forschung bei verbesserter wirtschaftlicher Lage diesen Herausforderungen begegnen zu können“ (S. 59).

Denn es gelingt nicht,

„alle Menschen in Deutschland auf diesem Weg mitzunehmen. Vielmehr haben sich gesellschaftliche Spaltungen und soziale Spannungen sogar erkennbar verstärkt: Erstens ist der gesellschaftliche Diskurs anspruchsvoll geworden und kann trotz intensiver Bemühungen um gute Wissenschaftskommunikation elitär erscheinen oder sogar sein. Zweitens gewinnen verschiedene, zum aktuellen Kurs gegenläufige Strömungen in bestimmten gesellschaftlichen Kreisen an Zulauf und führen zur Bildung radikalisierte Subgruppen. Zu solchen Strömungen zählen insbesondere Wissenschaftsskepsis, welche in digitalen Räumen durch die Verbreitung von „Fake News“ neue Nahrung erhält, aber auch eine Technik- und Fortschrittsfeindlichkeit vor dem Hintergrund einer schnellen technischen Entwicklung sowie Ausländerfeindlichkeit angesichts einer großen politischen Offenheit für den Zuzug von Fachkräften und Studierenden. (...) Drittens spielt schließlich die Tatsache, dass aufgrund der Priorisierung von Wissenschaft massive Kürzungen in anderen Bereichen – insbesondere auch bei Sozialausgaben – vorgenommen werden, eine gewichtige Rolle. Mit geplanten Investitionen in Bildung, deren Bedeutung für eine wissenschaftsorientierte Gesellschaft wertgeschätzt und anerkannt wird, und – bei verbesserter wirtschaftlicher Lage – auch in anderen Bereichen hofft man langfristig hier gegensteuern zu können. Trotz dieser Bemühungen führt die aktuelle Situation zu einer Verstärkung sozialer Ungleichheit“ (S. 109).

Subtext 2: Zuwiderhandeln unerwünscht

Die gesellschaftlichen Spannungen, die durch die Vertiefung der sozialen Spaltung entstehen, wenn „Wissenschaft in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen als interessierte Partei wahrgenommen wird“ (S. 35), werden bereits vorsorglich als „antidemokratisch“ konnotiert:

„Diese globalen Verschiebungen gehen mit dem weltweiten Erstarken populistischer Strömungen einher, die in vielen Ländern, auch in solchen mit demokratischer Verfassung, antidemokratische Parteien an die Macht gebracht haben. Sich explizit gegen die „alten Eliten“ und damit auch gegen die Wissenschaft abzugrenzen, ist ein typisches Merkmal dieser populistischen und antidemokratischen Akteurinnen und Akteure“ (S. 48).

Dabei wird erstaunlich offen die Parallele zur Kritik an der Corona-Politik gezogen:

„So erweisen sich Wissenschaftsskepsis und -feindlichkeit auch im postpandemischen Kontext als zentrale Strategie antidemokratischer Kräfte zur Denunziation nicht nur der freien Wissenschaften, sondern auch der Gesellschaftsordnung im Ganzen – auch und vornehmlich innerhalb liberaler Demokratien. Dies stellt insbesondere die Schnittstellen von Wissenschaft und Politik – etwa in Form von Politikberatung – vor Risiken und Herausforderungen“ (S. 35/6).

Subtext 3: Kriegsvorbereitungen fördern

Ganz zentral ist für den WR die Nutzung der Wissenschaft für Zwecke der Militarisierung. Mindestens 10 Prozent der Sicherheitsausgaben sollen in Forschung und Innovation investiert werden (S. 9), denn

„Schließlich ist es aufgrund der veränderten Weltlage absehbar, dass in den kommenden Jahren umfangreiche Anstrengungen zur Steigerung der Verteidigungsfähigkeit unternommen werden müssen, die sich nicht zuletzt in erheblich wachsenden Verteidigungsbudgets in Deutschland und Europa niederschlagen werden. Aus Gründen der nationalen und europäischen Souveränität ist es wichtig, diese Mittel nicht nur für akute Beschaffungen einzusetzen, sondern damit die Innovationsfähigkeit im eigenen Verteidigungssektor massiv zu erhöhen. Um dies zu erreichen, müssen deutlich höhere Anteile des Verteidigungshaushalts als bisher in Forschung und Entwicklung (FuE) investiert werden“ (S. 49).

Die Gesellschaft soll dieser veränderten Aufgabenstellung folgen:

„Das erfordert nicht nur eine Lösung der damit verbundenen Sicherheitsfragen, sondern auch einen gesellschaftlichen Diskurs über die Rolle von Wissenschaft. Im Erfolgsfall können Spill-Over-Effekte in den zivilen Bereich zurückwirken und die Innovationsfähigkeit der Gesellschaft insgesamt erhöhen“ (S. 50).

Lesen Sie auch



Affäre um Historiker Hoeres in Würzburg
Das Denunziantentum bedroht die Wissenschaft

Diese Militarisierung der Wissenschaft, die analog zur Militarisierung des Gesundheitswesens und anderer gesellschaftlicher Bereiche verläuft, wird auch von anderen Wissenschaftsorganisationen befördert. Die Präsidentin der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Katja Becker, betont: „Als DFG übernehmen wir Verantwortung für eine ausgewogene Balance zwischen Sicherheit und Freiheit“, fordert die Stärkung der Forschungssicherheit und lobt den „starken Schulterschluss zwischen Wissenschaft, Politik und Sicherheitsbehörden“. Der WR steht nicht allein, es ist eine „Nationale Plattform für Forschungssicherheit“ gegründet worden, „denn es gehe nicht allein darum, wie Sicherheit effizient organisiert werden könne, sondern auch darum, welche Folgen diese Neujustierung und ein Primat der Sicherheit für Wissenschaft, Gesellschaft und Demokratie habe“. Wie weit die Integration von Wissenschaft und Kriegsvorbereitungen bereits fortgeschritten ist, wird durch die Herstellung von Erregern bzw. Viren deutlich, die auf KI-basierten, genomischen Sprachmodellen basieren und zur Biowaffen-Herstellung geeignet sind.

Subtext 4: Technisches Gesellschaftsbild

Allen genannten Aspekten liegt ein Gesellschaftsbild zugrunde, das in seiner technikbetonten Wissenschafts-Orientierung soziale Determinanten der Gesellschaft völlig außen vor lässt, zumindest soweit es sich nicht um sozial motivierte Störungen handelt. Diese starke Überbetonung der Wissenschaft gegenüber z.B. sozialen Systemen zur Sicherung einer zukunftsfähigen Gesellschaft wird zwar als Stärkung der „Resilienz des Gesamtsystems“ (S. 77) angesehen, ist in Wirklichkeit jedoch reiner Reduktionismus. Selbst wenn man berücksichtigt, dass sich in dem WR-Gutachten eher der bürokratische Überbau zu Wort gemeldet hat, muss man in der Gesamtsicht feststellen, dass es sich um ein rein technokratisches Top-Down-Konzept handelt, das die Gesellschaft nicht als soziales Phänomen betrachtet, sondern als zu steuerndes Objekt, dem man nur mit überlegener Argumentation gegenüber treten kann, die wissenschaftlich geädelt ist und die daher keinen Widerspruch duldet.

Lesen Sie auch



C+ Lab Leaks

Die unterschätzte Gefahr

Es handelt sich um ein Gesellschaftsbild, das bar jeder sozialen Phantasie die Wissenschaft einspannt, um den technischen, im weiteren Sinne kybernetischen Umbau der Gesellschaft zu fördern. Um die Wissenschaft zu dieser „Indienststellung“ zu bewegen, wird sie auf eine enge Haltung festgelegt, die nach wissenschaftsfremden Kriterien definiert wird. Hierunter ist nicht nur die liberale Demokratie zu verstehen – was ja kein Problem wäre –, sondern auch ein ganze Reihe von weiteren Festlegungen identitätspolitischer Natur, abgesichert durch ein politisches Framing als „antidemokratisch“, „populistisch“ und „wissenschafts-feindlich“. Man kann nur hoffen, dass aus der Wissenschaft selbst der Protest dagegen nicht verstummt:

„Eine Politisierung der Wissenschaft unter Preisgabe ihrer Richtigkeitsansprüche und unter radikaler Fragmentierung von Erkenntnis nach essenziellierter Gruppenzugehörigkeit beschrieb Robert Merton bereits 1938 als Proprium totalitären Denkens.“

Mehr lesen über

Wissenschaftsrat

Demokratie

Diskutieren Sie mit ▼

INNENPOLITIK

„Viele Menschen wissen nicht, wofür die FDP steht“

Politische Verfolgung trifft auf überlastete Justiz

Rathaus als Bühne für Islamisten

AUSSENPOLITIK

Besorgnis und strategische Interessen

Eine Zwischenbilanz des Iran-Krieges

Die USA wollen die Revolutionsgarden schwächen, ohne das gesamte Regime zu stürzen

WIRTSCHAFT

Irreversibel?

Nahost-Déjà-vu: Wiederholt sich die Wirtschaftsgeschichte?

Moskaus große Chance?

KULTUR

Harald Burkart liest „Systemversagen“

Wenn Weimar aktuelle Politik begründen soll

Berlinale in Gefahr – aber anders, als man denkt

PODCASTS

Cicero Podcast Politik: „Die CDU hat die Kontroversen gescheut“

Cicero Podcast Politik: „Deutsche Iran-Debatte: Viel Hoffnung, wenig Realismus“

Cicero Podast Politik: „Frau Merkel hat Putin den Weg bereitet“

CICERO +

(K)ein Gewissen für 1,39 Euro

Heiligsprechung einer kalten Wissenschaftsrepublik

Es geht nicht um Kunstfreiheit, sondern linken Milieuschutz